

Lösungen zu den Problemen unserer Stadt:

- Marode Finanzen
- Arbeit
- Flughafenausbau
- Soziale Kälte
- Kriminalität
- Der Job Politiker

Schluß mit:
der „Politik der kleinsten Übel“

Beginn einer
menschlichen Politik



**Stefan Kolumbuchi
als
Oberbürgermeister
von Kiel**

<http://www.ob-ki.de>

Zwei aktuelle Beispiele für das **Versagen** der Politik (aus der Bundespolitik, die falschen Denkmuster setzen sich aber auf der kommunalen Ebene fort):

- **Die Elbeflut:**

Warum sollen hier nicht die Versicherungen in die Pflicht genommen werden?

Die Politiker hatten nur die Idee eines kollektiven Flutopfers von allen Bundesbürgern in Höhe von 15,-€ Überschwemmungen sind aber durchaus kalkulierbar und keine höhere Gewalt. Die meisten Versicherten in Flutgebieten hatten ihre Gebäude gegen Totalverlust versichert und jahrelang Beiträge gezahlt. Aber nur nach DDR-Recht abgeschlossene Haushaltsversicherungen treten hier ein. Die anderen winden sich mit rechtlich ausgefeilten Ausschlussklauseln aus ihrer Pflicht.

Ich verlange eine Volksabstimmung über eine Gesetzesänderung:

Die Versicherungen, die gegen jeglichen Totalverlust versichert haben, sollen per Gesetz dazu verpflichtet werden, die entstandenen Schäden zu begleichen.

Wenn ein Versicherer dies nicht leisten kann, wird er vom Staat übernommen.

- Die „Mobilcom“-Krise:

Wenn der Staat einem angeschlagenen Großunternehmen schon unter die Arme greifen soll, dann muß er dadurch mindestens die Mehrheit der Anteile des Unternehmens erwerben können. Er kann als Arbeitgeber das Beschäftigungsziel direkt wahrnehmen.

Leitende Angestellte* und **Manager*** der Firma müssen als erstes drastische **Lohnkürzungen** hinnehmen, damit alle Arbeitsplätze erhalten bleiben können. Wer von ihnen nicht darauf eingehen will, kann sich anderweitig Arbeit suchen, hat aber durch das Ablehnen dieses Angebotes den Anspruch auf Arbeitslosengeld verwirkt.

Die vielen Arbeitsplätze der **kleinen** Angestellten und Arbeiter sollen dagegen den stärksten Schutz genießen.

)* sie haben die Firmenpleite ja mitzuverantworten

Die Stadt als größter Arbeitgeber der Region bedeutet: Arbeit und Geld für alle.

- **Privatisierungswahn umkehren.**

Die betriebswirtschaftlichen Konzepte achten vor allem auf Automatisierung und Verschlangung. Dahinter steht das Bild vom Wettbewerb als Fortschrittsmotor. **Leider hat der Staat fast alle Branchen privatisiert** und dem Wettbewerb freigegeben, was zuerst zu Entlassungen führte. Was die Allgemeinheit durch zunächst sinkende Preise einsparte, zahlte sie sofort durch höhere Steuern. Denn die ehemaligen Bundes-, Landes- und Gemeindeangestellten und –arbeiter sind nun Rentner, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger. Aber essen und wohnen müssen sie doch Sie kosten die Allgemeinheit, sie sind unzufrieden, sie **dürfen** nichts mehr leisten. **Wird die Stadt wieder Arbeitgeber, können die Menschen wieder Aufgaben übernehmen.** Sie kosten die Stadt nichts mehr als „Sozialhilfebelastung“. Sie leisten produktive Arbeit für angemessenen Lohn.

- **Die Region stärken.**

Die Geldkreisläufe müssen überschaubar werden. Das Geld muss in unserer Region bleiben. Banken und Versicherungen verspekulieren unser Geld an der Börse. Ortsansässige Firmen verdienen, auch wenn sie klein sind, eher Unterstützung als solche, die nur unser Geld aus der Region abziehen. Daimler-Chrysler hat im vergangenen Geschäftsjahr ein Rekordergebnis erzielt, aber dennoch keine Steuern gezahlt. Welcher **Kieler Unternehmer** könnte sich das leisten?

Wer bei einer großen Kette einkauft, entzieht das eingesetzte Geld dem **regionalen Geldkreislauf**, dem Geschäft an der nächsten Ecke, und ist Schuld daran, dass diese mehr und mehr verschwinden. Der Gewinn wird nicht **hier** investiert, sondern anderswo, versickert über die internationalen Finanzmärkte, für uns unwiederbringlich dahin.

- **Wenn Kiels Bevölkerung keinen Flughafenausbau will, darf er nicht geschehen.**

Wenn hier in Kiel ein solches oder ähnliches Großprojekt entstehen soll, müssen **ortsansässige Firmen vorrangig berücksichtigt werden.** Keine Aufträge an Billiganbieter. Nur so bleibt unser Geld in unserer Stadt und damit in **unseren** Taschen.

Soziale Kälte abbauen: Den Menschen die Zeit und die Möglichkeiten geben, miteinander zu reden.

- **Räumliche Nähe nutzen**

Wo nicht einmal mehr Familien funktionieren, kann ein normales Miteinander von Jung und Alt, von Deutschen und Ausländern, sowie von Armen und Reichen erst recht nicht klappen. In **Nachbarschaftshäusern** sollen sich die Menschen wieder kennenlernen können.

- **Die Generationen zusammenbringen.**

Das Zusammenleben von jungen und alten Menschen funktioniert heute leider nicht mehr. Dabei könnten die alten die Generation entlasten, auf deren Schultern die ganze Bürde unseres Staates ruht. Meine **Idee** hierzu ist, Kinderbetreuung als **Patenschaften** Bewohnern von Altenheimen zu überlassen. Sie erhalten einen Lebensinhalt, den Kindern können sie Erfahrung bieten.

- **Arbeit verteilen, Arbeitsschutz stärken.**

Die Arbeit muss gerechter verteilt werden. Es kann nicht angehen, dass einige wenige alle Arbeit alleine machen müssen und jene als „faule Drückeberger“ angesehen werden, die keine Arbeit haben und finden. Wenn von Arbeitslosen gesprochen wird, werden immer wieder auch jene angeführt, die „ja gar nicht Arbeiten wollen“, so als ob es sich hierbei um die meisten handeln würde. Auf die Arbeitslosen laden Regierung und Wirtschaft die Schuld ihrer eigenen Unfähigkeit. Dabei sind sie für diese Politik verantwortlich. Sie lassen Konzerne immer größer werden, sie machen es einflussreichen Firmen leichter, kleine Konkurrenten zu verdrängen. Die großen Lobbyisten drängen auf Liberalisierung des Arbeitsschutzes. Das ist der falsche Weg. **Überstunden müssen sehr teuer gemacht werden, dann entsteht ein Anreiz, mehr Menschen einzustellen.** Die arbeitende Bevölkerung wird außerdem nicht überlastet. So trägt der Arbeitsschutz zur Verringerung von Stressfolgen in der Gesellschaft bei.

- **Keine unnötigen Kriminalisierungen, wie z.B. Schwarzfahren oder Drogenvergehen:**

Wer ohne Fahrausweis in Kieler Bussen angetroffen wird, soll **verpflichtet** werden, sich eine Monatskarte zu kaufen. Auf diese Weise kann er überhaupt erst wieder im folgenden Monat straffällig werden. Wiederholt sich die Ordnungswidrigkeit, ist eine Jahreskarte fällig.

Analoges gilt für Autofahren ohne Führerschein: Dann soll die Verpflichtung darin bestehen, den Führerschein sofort zu machen. Weiche Drogen müssen legalisiert werden, je schneller, desto besser. Nur auf diese Weise wird der Kriminalität ihr Nährboden entzogen.

Der Job Politiker.

Politiker sollten ihren Beruf wieder als Berufung sehen und nicht als einen Weg, Privilegien zu erlangen. Dies führt zu einer Gleichbehandlung mit zwei Folgen:

- **-Politiker dürfen nicht mehr verdienen, als die Menschen, die sie vertreten.**

Außerdem müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie Schäden anrichten.

- **-Strafe, wo sie angebracht ist:**

Ein Politiker vergibt einen Großauftrag, weil er bestochen wurde. Wenn es bekannt wird, ist die Konsequenz meist, dass er in den frühzeitigen Ruhestand versetzt wird. Das ist keine Bestrafung, das ist eine **Belohnung**. Wie kann das noch die Funktion der Abschreckung erfüllen? Wenn das gilt, dann für alle.

Tieferegehende Informationen mit Forum und Meinungen zur aktuellen Politik
<http://www.ob-ki.de>